

LANDESSCHÜLERVERTRETUNG
LANDESVEREINIGUNG DER BAYERISCHEN BEZIRKSSCHÜLERSPRECHER

E. V.

PROTOKOLL DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 16./17.01.1988
IM SCHÜLERLADEN WÜRZBURG

Anwesend: s. Anlage 1

durch die Einladung vorgegebene Tagesordnung:

- TOP 1 : Satzungsänderung (Vorlage in der Einladung zur
MV vom 29.12.1987)
- TOP 2 : Referate
- TOP 3 : Diskussion
- TOP 4 : Gegenmaßnahmen zur Abituraufgabenänderung im
GPR-Bereich
- TOP 5 : Wahl des Rechnungsprüfers
- TOP 6 : Vorbereitung der LAG in Dillingen
- TOP 7 : Verschiedenes

zu TOP 1: Zunächst begrüßt Johannes die Anwesenden und wünscht der Tagung einen hoffentlich guten Verlauf. Die vorgesehene Satzungsänderung muß auf die nächste MV am 05.02.1988 in München verschoben werden, da die für eine Satzungsänderung erforderliche Anwesenheit von $\frac{2}{3}$ der stimmberechtigten Mitglieder nicht gegeben ist. Im Gespräch schlägt Antje für die Vereinsverwaltung vor, ein Post-scheckkonto einzurichten, da bei einem solchem die Zeichnungsbefugnis leichter zu ändern ist.

zu TOP 2: Johannes berichtet kurz über den gegenwärtigen Stand der Rechtsschutzversicherung: Bereits Mitte Dezember 1987 schloß Johannes eine Rechtsschutzversicherung mit der Allianz-Versicherung ab (Kontaktperson: Matthias Strobel aus WC). Da jedoch dieser ein falsches Formular dazu verwendet hatte, mußte am 09.01.1988 ein neuer Antrag ausgefüllt werden. Die RSV gilt ab 08.01.1988, für die Zeit von Dez. 1988 bis zum 08.1.1988 bürgt Matthias selbst. Der Verein ist somit ab dem 11.12.1987 rechtlich abgesichert. Der Verein wurde mit dem niedrigsten Versicherungswert bestimmt. Bei einem Versicherungswert von 1 Mio DM ist der Verein rechtlich vollkommen abgesichert (eingeschlossen die Vertragsabsicherung). Der Antrag wird im Moment in München geprüft, in ca. 4 Wochen wird das Vertragsoriginal dem Geschäftsführer zugeschickt. Die auf ein Jahr erst einmal beantragte Versicherung wird zwischen 130 und 150 DM liegen. Jeder Bezirk wird nochmals aufgefordert, einen kleinen Beitrag zu zahlen!

Michael hält danach ein Referat über frühere Vertretungsformen der bay. Schüler auf Landesebene: 1973 schlossen sich erstmals die Bezirksschülersprecher zusammen, u.z. im ZBL, dem Zusammenschluß der Bezirksschülersprecher auf Landesebene. Ziel dieses Vereins war es hauptsächlich, eine Vertretungsbefugnis zu erlangen. Aufgrund des inhaltlich hohen Niveaus bekam der

Verein zusehend Probleme mit der Basis, sprich die Basisarbeit lief überhaupt nicht. 1975 erarbeiteten die damaligen BSSp ein Grundsatzpapier, in welchem zum ersten Mal der Name Landeschülervertretung als Landesvereinigung der bay. BSSp verwendet wurde. Besonders ging das Grundsatzpapier auch auf die Basisarbeit und die Unabhängigkeit der BSSp ein. Der ZBL nannte sich mit diesem Papier in LSV um. Im Dez. 1976 versuchte die LSV über den Landtag, eine Anerkennung zu erreichen. Doch der Antrag wurde aufgrund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse abgelehnt. 1978 zogen die BSSp der LSV aus der Sitzung der LAG aus, da sie ausdrücken wollten, zu wenig Mitspracherecht zu besitzen. Das KUMI wies die LSV als Radikale aus, da ein Zwischenspiel mit dem Verfassungsschutz stattfand. 1977 politisierte sich die LSV zunehmend, eine Blockbildung fand statt, und die LSV äußerte sich zu allgemeinpolitischen Themen. 1978 wurde der Stellv. BSSp von OBB-Ost abgewählt, weil er in der LSV aktiv war. Im gleichen Jahr traten die Bezirke OBB-Ost, Schwaben, die Oberpfalz und Unterfranken aus der LSV aus. Somit schloß die LSV-Arbeit ein, u.z. bis 1983, wo der neue Verein gegründet wurde, der 1987 ebenfalls wieder neu zum Leben entfacht wurde. Die LSV von 1975-1978 war allerdings nicht im Vereinregister eingetragen. Abschließend stellte Michael fest, daß das Kumi allein wegen der Vergangenheit einer LSV gegenüber vorbelastet ist, und es gälte, dem Kumi klarzumachen, daß die neue LSV nicht "radikal" sei.

zu TOP 3:

- Basisarbeit: Als Info-Möglichkeiten an die "Basis" gibt es die Rundschreiben der BSSp über ihren MB, Elke berichtet über eine bayernweite LSV-Infoaktion für Juli '88, die von ai finanziert würde. Bis zur nächsten MV am 05.02.1988 soll ein bayernweiter Schülersprecher-Verteiler erstellt werden; außerdem soll jeder BSSp Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. Banken, Firmen, etc.) erkundschaften (für Informationsaktionen über die LSV). Ein Informationskonzept wurde erstellt, welches als Anlage 2 beiliegt.

- Kontakt zur BSV: Alle Mitglieder äußerten ihre negative Einstellung zur BSV, meinten jedoch, daß eine reservierte Beteiligung zwecks Informations- und Erfahrungsaustausch möglich sei. Ein dahin gehender Antrag wurde mit 6 Pro-Stimmen bei einer Enth. angenommen. Ein Antrag an die Bundesdelegiertenkonferenz wird von Elke und Antje im weiteren Verlauf der MV erstellt.

Wolfgang Gerstlberger ("Gerstl") brachte im Anschluß hieran eine Grundsatzdiskussion zugange. Als Vertreter der SK München meinte er, daß das "ideologische Fundament" für eine LSV erst geschaffen werden müsse und dieses dann auf eine breitere Basis "gestellt werden" müsse. Dem hingegen meinten die BSSp, daß nur dann effektiv in der LSV gearbeitet werden könne, wenn jeweils auf den Sachverhalt eingegangen werde, und nicht an einem Ideologie-Programm die Arbeit ausgerichtet werde. Gerstl kritisierte in seinen weiteren Ausführungen weiter, daß die SK nicht allzu sehr von der LSV, die sie zwar fordere, informiert worden wäre. Der Verein dürfe keine elitäre Gruppe sein, sondern den größtmöglichen Kontakt zur Basis besitzen; eine Einbeziehung der SSCen sei deshalb erforderlich. Uli meinte hierauf, daß man die Gefahr einer Wasserkopfbildung nicht übersehen dürfe. Außerdem gänge das Selbstverständnis der LSV davon aus, daß die Mitgl. die Legitimation besäßen, die Schüler landesweit zu vertreten.

Die Gewährleistung dieser Legitimation sei im Moment ^{nur} durch die von den Schülersprechern gewählten Bezirksschülersprecher gegeben. Nicht der Verein hätte das schulpolitische Mandat, sondern die Mitglieder. Gerstl meinte, daß er die organisatorischen Schwierigkeiten schon sehe, daß das Vertretungsziel aber sein müsse, daß jede Schule eine Stimme auf Kongressen z.B. besäße. Im weiteren Verlauf der Diskussion stellte sich heraus, daß die übrigen SK-Vertreter anderer Meinung wie Gerstl waren. Die MV meinte, daß die internen Schwierigkeiten der SK nicht in einer LSV-MV geklärt werden sollten. Uli ging nochmals auf den Basiskontakt ein und stellte fest, daß die Satzung ausdrücklich Seminare und sonstige Veranstaltungen für die Basis vorsähe, daß dies im Moment allerdings noch nicht realisierbar sei.

zu TOP 4: Johannes erklärte kurz noch einmal die Thematik. Bei einem Prozeß wollen Ulla und Georg als Haupt-, Georg Annuß und Elke als Nebenkläger auftreten. Mit dem Philologenverband soll wegen des Rechtsbeistandes Kontakt aufgenommen werden. Uli will noch am Samstag mit Herrn Rupp telefonieren.

zu TOP 5: Als einziger Kandidat zur Wahl des Rechnungsprüfers stand Chan Uk, Stellv. BSSp Ufr., zur Verfügung. Er wurde einstimmig zu diesem Amt gewählt.

zu TOP 6: Die Vorbereitung der LAG in Dillingen wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Mitgliederversammlung verschoben.

zu TOP 7: Der von Elke und Antje verfaßte Brief an die BSV wurde einstimmig angenommen. Wortlaut:

"Antragsteller: Landesschülervertretung - Landesvereinigung der bayerischen Bezirksschülersprecher e.V.
Die LSV-LV der bay. BSSp e.V. bittet die Bundesdelegiertenkonferenz der Bundesschülervertretung, uns in allen Gremien der BSV Stimmrecht einzuräumen.

Wir BSSp sind die demokratisch gewählten Vertreter der bay. Gymnasisten und somit stellt der Zusammenschluß der BSSp die legitimierte Vertretung der Gymnasisten auf Landesebene dar. Der Verein ist derart konzipiert, daß auch jederzeit die BSSp der Haupt- und Realschüler Mitglieder sind, sobald eine Vertretungsebene eingerichtet wird."

Georg Abegg brachte das Thema Skiferien zur Sprache. Auf Kosten der Pfingst- oder Weihnachtsferien soll für Ende Jan./Anfang Februar eine Woche schulfrei sein. Gemäß eines Artikels der Abendzeitung soll Kultusminister Hans Zehetmair, der früher wie die Eltern- und Lehrerverbände entschiedener Gegner der Skiferien war, diese Möglichkeit nun in Betracht ziehen. Die MV erstellt einen Brief an Herrn Zehetmair, der als Anlage 3 beiliegt. Ein anderer Teil der MV erstellt zur selben Zeit einen Flugblatttext zur GFR-Sache. Im Anschluß hieran berichtete Uli von seinem Telefonat mit Herrn Rupp. Der Philologenverband sehe keine Chance für einen Prozeß, da sich rein juristisch für den Schüler nichts ändere und die Lehrer keinen Rechtsanspruch auf die Auswahl besäßen. Herr Rupp meinte außerdem, daß das KULI Bedenken hätte, im GFR-Bereich genügend viele und nicht zu spe-

zielle Aufgaben auch weiterhin stellen zu können. Johannes telefoniert daraufhin mit einem Wirtschaftslehrer, um Klarheit zu erlangen. Dieser erklärt, daß das KUMI unbegrenzt viele Aufgaben hätte. Die MV beauftragt Georg Abegg, das Flugblatt bis zur nächsten MV-Sitzung zu "lay-outen". Johannes berichtet, daß die Eingabe bezüglich der GPR-Sache in den nächsten zwei Wochen im Kulturpolitischen Ausschuß des BL behandelt wird. Nachträglich beauftragt die MV einstimmig den Vorstand, eine RSV abzuschließen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 05.02.1988 in München statt.

Im Anschluß an die MV wird eine Presseerklärung für die Pressekonferenz erstellt.

Würzburg, den 30.01.1988

Johannes Mair
Protokollführer

Geschäftsführer

i. A. Johannes Mair
Vorstandsmitglied

Anlage

Anwesenheitsliste
Informationskonzept
Brief an Zehetmair bezüglich der Skiferien
Pressereaktionen

Die Bayerischen
Bezirksschülersprecher

Herrn
Bayerischen Staatsminister
für Unterricht und Kultus
Hans Zehetmair
Salvatorstraße 2

8000 München 2

Würzburg, den 17.01.1988

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

wie wir aus Presse und Rundfunk erfahren haben, steht das Thema "Skiferien" erneut zur Debatte. Laut einer Umfrage der Münchner Abendzeitung sprachen sich rund 90% der Befragten für eine Woche Skiferien Ende Januar oder Anfang Februar aus. Sie äußerten in diesem Zusammenhang gegenüber der Abendzeitung (Artikel vom 11.1.88), daß Sie Skiferien nicht kategorisch ablehnen und, daß Sie sich von Lehrer- und Elternverbänden Entscheidungshilfen erhoffen. Auch wir möchten uns als Vertreter der Schüler in diese Diskussion mit einschalten.

Unserer Ansicht nach ist es nicht sinnvoll, die Unterrichtszeit bereits drei oder vier Wochen nach Ende der Weihnachtsferien erneut zu unterbrechen, da dadurch die Kontinuität des Unterrichts erheblich gestört würde.

Zudem müßten für die Skiferien "Pfingst- oder teilweise Weihnachtsferien" (AZ-Artikel vom 11.1.88) geopfert werden. Wir sind der Meinung, daß eine Kürzung der Weihnachtsferien kaum möglich ist. Zum einen sind sie eine wohlverdiente und dringend nötige Pause für Lehrer und Schüler nach dem längsten ferienlosen Abschnitt des Schuljahres; zum anderen ist eine sinnvolle Kürzung wegen der zahlreichen Feiertage nicht machbar. Somit blieben nur noch die Pfingstferien. Diese Zeit wird aber von vielen Familien wegen der finanziell günstigen Vorsaison zu einem gemeinsamen Urlaub genutzt.

Für uns stellt sich die Frage, wie dies mit der zeitlichen Neugestaltung des Ausbildungsabschnittes 13/2 ab 1989 in Einklang gebracht werden soll.

Unser Vorschlag wäre, das Problem "Skiferien" schulintern durch die zwei beweglichen Ferientage zu lösen. Diese beiden Tage könnten an die freien Faschingstage angehängt werden; der Freitag könnte an einem Samstag oder einem anderen Ferientag nachgeholt werden. So wäre es möglich, in einer relativ schneesicheren Zeit eine Skiwoche einzurichten. Die Entscheidung hierüber sollte dem Schulforum der einzelnen Schule überlassen werden. Auch wir sind begeisterte Skifahrer, doch muß man bedenken, daß man nicht jeder saisonbedingten Sportart eine Woche Ferien einräumen kann.

Mit der Bitte um detaillierte Informationen und eine baldige Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Antje de Buhr
Bezirksschülersprecherin Schwaben
Nikolaus-Kopernikus-Gym.
Buchenweg 22
7912 Weißenhorn

Antje de Buhr

Johannes Mierau
Bezirksschülersprecher Unterfranken
Wirsberg-Gym.
Am Pleidenturm 16
8700 Würzburg

Johannes Mierau

Elke Winter
Bezirksschülersprecherin Mittelfranken
Martin-Behaim-Gym.
Schultheissallee 1
8500 Nürnberg

Elke Winter

Georg Annub
Stellv. Bezirksschülersprecher Oberpfalz
Goethe-Gym.
Goethe-Str. 1
8400 Regensburg

Georg Annub

Michael Lüdke
Stellv. Bezirksschülersprecher Oberbayern/Ost
König-Karlmann-Gym.
Kardinal-Wartenberg-Str. 30
8262 Altötting

Michael Lüdke

Georg Abegg
Stellv. Bezirksschülersprecher Oberbayern/West
Adolf-Weber-Gym.
Kapschstr. 4
8000 München 19

Georg Abegg

Chan Uk Jun
Stellv. Bezirksschülersprecher Unterfranken
Matthias-Grünwald-Gym.
Zwerchgraben 1
8700 Würzburg

Chan Uk Jun
(전준우)

Bezirksschülersprecher wehren sich

Protest gegen Abi-Neuregelung

Auch Skiferien stoßen auf einmütige Kritik

Würzburg. (kbn) Die in der Landesschülervertretung zusammengeschlossenen Bezirksschülersprecher der bayerischen Gymnasien übten heftige Kritik an der Neuregelung der Abiturprüfung in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. Auf der Mitgliederversammlung der LSV in Würzburg kündigte die Vorsitzende Elke Winter (Nürnberg) eine Unterschriftenaktion an, die im Februar an allen bayerischen Gymnasien beginnen soll. Mit dieser Aktion wollen die Schüler gegen die „Verlagerung der Schwerpunkte im Unterricht aus dem Klassenzimmer ins Kultusministerium“ protestieren.

Bisher wurden vom Kultusministerium sechs Abituraufgaben gestellt, von denen Lehrer und Schüler jeweils zwei abwählten. Für den jetzigen Abiturjahrgang stellt

das Kultusministerium in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern nur noch vier Abituraufgaben, wodurch die Vorauswahl des Lehrers entfällt. Gegen die Neuregelung haben sich auch die GEW, der Philologenverband und Elternverbände ausgesprochen. Die Landesschülervertretung befürchtet, daß die gegenwärtig oft praktizierte Schwerpunktsetzung im Unterricht für zukünftige Kollegiaten unmöglich gemacht wird. Außerdem, so Elke Winter, entstehen unnötige Härten für die jetzigen 12. und 13. Klassen, da der Unterricht noch nicht auf die Neuregelung ausgerichtet war.

Schwerwiegende Bedenken äußerten die bayerischen Bezirksschülersprecher auch gegen die vom bayerischen Kultusminister erwogenen „Skiferien“ Ende Januar oder Anfang Februar. Die „Skiferien“ waren nach einer Umfrage einer Münchener Zeitung in die Diskussion gekommen. In München hatten sich 90 Prozent der Befragten dafür ausgesprochen. Für die Bezirksschülersprecher ist diese positive Stellungnahme aus der Alpenregion nicht repräsentativ. In einem Schreiben an das Kultusministerium sprechen sie sich einstimmig gegen eine solche Ferienregelung aus. Eine Unterbrechung der Unterrichtszeit so kurz nach den Weihnachtsferien sei nicht erwünscht. Es könne Eltern, Lehrern und Schülern jeder einzelnen Schule überlassen bleiben, mit den bereits vorhandenen flexiblen Ferientagen und dem verlängerten Faschingswochenende eine individuelle Lösung zu finden.

Volkstakt, 19.01.88

Kultusministerium wehrt sich

Zehetmair wollte niemals „Skiferien“

Zu den Äußerungen der Bezirksschülersprecher

Würzburg/München. (red) Die in der Landesschülervertretung zusammengeschlossenen Bezirksschülersprecher der bayerischen Gymnasien übten heftig Kritik an der Neuregelung der Abiturprüfung in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und der geplanten Einführung sogenannter „Skiferien“ (wir berichteten). Jetzt hat sich das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus gegen die Vorwürfe der Schüler gewehrt.

In Sachen Skiferien, so heißt es in einer Stellungnahme, seien die Bezirksschülersprecher offensichtlich einer Fehlinformation aufgesessen. Kultusminister Hans Zehetmair habe sich nie für die Einführung derartiger Ferien ausgesprochen, sondern mehrfach erklärt, daß gewichtige Gründe dagegen sprächen.

Die von den Bezirksschülersprechern kritisierte Reduzierung der Zahl der Abituraufgaben in bestimmten Fächern, so das Ministerium, soll einer stofflichen

Überforderung der Abiturienten entgegenwirken. Je mehr Aufgaben zu einem Kurshalbjahr gestellt werden, um so enger müßten diese Aufgaben thematisch eingegrenzt werden, um Überschneidungen zu vermeiden, vermeldet das Ministerium. Gerade solch eng umgrenzte Aufgaben förderten aber Spezialwissen und eine entsprechende umfangreiche Vorbereitung. Die Neuregelung dagegen werde stärker das Wissen um übergreifende Zusammenhänge fördern.

Auch stelle diese Beseitigung der Doppelauswahlmöglichkeiten durch Lehrer und Schüler die Chancengleichheit zu anderen Fächern her, in denen es schon bislang nur eine Auswahlmöglichkeit gibt, heißt es in der Stellungnahme weiter. Eine entsprechende Umstellung im Fach Deutsch zum Abitur 1986 brachte keine schlechteren Noten. Nach Meinung des Kultusministeriums ist die Sorge der Schülersprecher also unbegründet.

VB, 20.1.87

Schülersprecher sehen „unnötige Härte“

Abitur-Neuregelung in der Schußlinie

Würzburg (Eig. Ber./aj) – Mit einer für Februar geplanten Unterschriftensammlung wollen die in der Landesschülervertretung e.V. (LSV) zusammengeschlossenen Bezirksschülersprecher der bayerischen Gymnasien ihren Bedenken gegen eine Neuregelung der Abiturprüfung Nachdruck verleihen. Die Gründe für die Aktion erläuterten gestern in Würzburg anlässlich eines Treffens der Bezirksschülersprecher Elke Winter (Nürnberg) und Johannes Mierau (Würzburg).

Die von den Sprechern beanstandete Neuregelung betrifft die gesellschaftswissenschaftlichen Prüfungsfächer wie etwa Geschichte oder Wirtschaft und Recht. Bisher wurden vom Kultusministerium sechs Abituraufgaben gestellt, von denen Lehrer und Schüler zwei abwählen durften. Unter die Ablehnung fielen natürlich Aufgaben, deren Themen im Unterricht weniger gründlich behandelt worden waren, was auch mit Rücksicht auf den Umfang der Wissensgebiete und häufig überfrachtete Lehrpläne gar nicht anders zu erwarten war.

Nun soll diese Schwerpunktsetzung innerhalb der Schule nicht mehr möglich sein. Das Ministerium stellt bereits 1988 den Kollegiaten nur noch vier Abituraufgaben. Für jeweils zwei von ihnen muß sich der Prüfling entscheiden. Dabei geht München von der Vorstellung aus, daß eben der gesamte Lehrplan im Unterricht erschöpfend durchgenommen werden muß und kann.

Nach Überzeugung der Schülersprecher geht eine solche Fiktion an der Realität vorbei. Sie sehen außerdem in der neuen Praxis eine unnöti-

ge Härte für die Abiturienten dieses und des nächsten Jahres, deren Unterricht noch nicht auf die veränderten Richtlinien ausgerichtet war. In ihrer ablehnenden Haltung fühlen sie sich durch Stimmen aus Lehrerkreisen bestätigt.

Auch gegen eine andere Planung des Kultusministers erhoben die Sprecher Einwände. Danach sollen die Skiferien einheitlich auf Ende Januar oder Anfang Februar gelegt werden. Damit, so argumentierten die Schüler, wird wenige Wochen nach den Weihnachtsferien die Unterrichtszeit erneut unterbrochen, und das ohne Rücksicht auf ohnehin unvermeidbare Schulzeitverkürzungen und mit Sicherheit zu Lasten anderer Ferien.

In einem Schreiben an den Kultusminister haben die bayerischen Schülersprecher ihre Bedenken vorgebracht und angeregt, den Eltern, Lehrern und Schülern die Festlegung individueller Skiferien zu überlassen. Die bereits vorhandenen flexiblen Ferientage könnten nach ihrer Ansicht zusammen mit dem verlängerten Faschingswochenende dabei einbezogen werden.

Münch - Post
9.01.88

Ministerium äußert sich zu Bedenken:

„Abitur-Neuregelung wirkt Überforderung entgegen“

Würzburg/München (jb) – Die Reduzierung der Zahl der Abituraufgaben in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern soll einer stofflichen Überforderung der Abiturienten entgegenwirken. Dies stellte gestern ein Sprecher des Kultusministeriums in München fest und antwortete damit auf die Bedenken der Bezirksschülersprecher (wir berichteten).

Wurden bisher in einigen Fächern vom Kultusministerium sechs Abiturfragen gestellt, von denen Lehrer und Schüler zwei abwählen durften, so stellt das Ministerium ab heuer nur noch vier Aufgaben. Für zwei von ihnen muß sich der Prüfling entscheiden.

Das Ministerium in München erklärte dazu: „Je mehr Aufgaben zu einem Kurshalbjahr gestellt wurden, um so enger mußten diese Aufgaben thematisch eingegrenzt werden, um Überschneidungen zu vermeiden. Gerade solch eng umgrenzte Aufgaben fordern aber Spezialwissen und eine entsprechend umfangreiche, an-

Einzelfakten ausgerichtete Vorbereitung. Die Neuregelung dagegen wird stärker das Wissen um übergreifende Zusammenhänge fördern.“

Außerdem stelle die Beseitigung der Doppelauswahlmöglichkeiten durch Lehrer und Schüler die Chancengleichheit zu anderen Fächern her, in denen es schon bislang nur eine Auswahlmöglichkeit gibt, erklärte der Sprecher des Ministeriums. Eine entsprechende Umstellung im Fach Deutsch zum Abitur 1986 habe keine schlechteren Noten gebracht.

Die Schülersprecher sprachen sich vor wenigen Tagen auch gegen die angeblichen Pläne des Ministeriums aus, die Skiferien einheitlich auf Ende Januar oder Anfang Februar zu legen. Dazu wird aus München mitgeteilt, daß die Schülerrepräsentanten offensichtlich einer Fehlinformation aufgesessen seien. Kultusminister Hans Zehetmair habe sich nie für die Einführung derartiger Ferien ausgesprochen, sondern mehrfach erklärt, daß gewichtige Gründe dagegensprechen.

Münch - Post
20.01.88

20.1.88

Amtsgericht München
- Registergericht -
Ausfertigung

EINGEGANGEN 2 2. Dez. 1987.

Anlage 1

Aktenzeichen:

VR 11031

(im Antwortschreiben angeben)

Registergericht München, Postfach, 8000 München 35

Landesschülervertretung - Landes-
vereinigung der bayerischen
Bezirksschülersprecher
c/o Hrn. Ulrich Kraus
Josef-Bechold-Str. 10

8702 Zell am Main

Satzungsvorprüfung
Schreiben vom 30.11.87

Sehr geehrter Herr Kraus,

in obiger Sache teile ich Ihnen mit, daß eine registerrichterliche Prüfung von Satzungen nur im Rahmen eines förmlichen Eintragungsverfahrens nach entsprechender Anmeldung stattfindet. Die Prüfung von Satzungsentwürfen u.ä. ist als Rechtsberatung den Angehörigen der rechtsberatenden Berufe vorbehalten.

Nach Durchsicht des eingereichten Satzungs exemplars kann jedoch darauf hingewiesen werden, daß eine Eintragung wegen Fehlens klarer Bestimmungen zur Beitragspflicht, der Form der Berufung der Mitgliederversammlung und zur Vertretungsbefugnis des Vorstands nicht in Betracht kommt.

Mit freundlichen Grüßen

Wulff
Rechtspfleger

Für den Einrichtlaut der Ausfertigung:
München, den

Geleitner
als Urkundsbearbeiter der Geschäftsstelle

Landesschülervertretung - Landesvereinigung der
bayerischen Bezirksschülersprecher e.V.

uk

Vorlage zur Mitgliederversammlung
am 16./17.1.1988

Anlage 2

Entwurf zur Änderung der Verbandsatzung

Zu §8: Neuer Satz 4: "Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben."

Zu §9b: Neuer Satz 2: "Die Mitgliederversammlung ist ordentlich einberufen, wenn die Einladung an die Mitglieder unter Angabe von Versammlungsort, Zeit und Tagesordnung mindestens 14 Tage vor der Versammlung versandt wurde."

Zu §9d: Neuer Satz 2: "Das Protokoll der Mitgliederversammlung soll spätestens mit der Einladung zur nächsten Versammlung zugesandt werden."

Zu §9a: Neuer Satz 2: "Sie regelt durch Beschluß alle Angelegenheiten des Vereins." Satz 2 wird Satz 3.

Neuformulierung von §10c und 10d:

"10c) Der Vorstand ist kein beschlußfassendes Organ. Er führt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung aus.

10d) Der Vorstand hat, vorbehaltlich eines Auftrages der Mitgliederversammlung, folgende Aufgaben und Befugnisse:

1. Er führt die laufenden Geschäfte des Vereins;
2. Er führt Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen jeder Art für den Verein aus;

3. Er vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich;

4. Er legt gegenüber der Mitgliederversammlung Rechenschaft über seine Arbeit und die der von ihm beauftragten Geschäftsführer ab.

Die Mitglieder des Vorstandes sind zeichnungsberechtigt für den Verein.

Im Innenverhältnis wird bestimmt, daß ein Stellvertreter von seinem Vertretungsrecht nur bei Verhinderung des ersten Vorsitzenden Gebrauch machen darf."

0/00' ' J

L A N D E S S C H Ü L E R V E R T R E T U N G

Landesvereinigung der bayerischen Bezirksschülersprecher e.V.

Vorlage zur Mitgliederversammlung am 16./17. Januar 1988

Betreff: Rechtsschutzversicherung und denkbare juristische Auseinandersetzungen mit dem KM. uk

Auf die Gespräche am Rande der LAG hin habe ich Elke Winter vorgeschlagen, für die LSV eine Rechtsschutzversicherung abzuschließen. Ausschlaggebend waren dabei nicht Überlegungen, ob eine Klage des KM gegen unseren Vereinsnamen erfolgreich sein könnte, sondern der Gedanke, daß ein Prozeß, egal ob gewonnen oder verloren, für die LSV sowohl in der Öffentlichkeitsarbeit als auch bei der Mobilisierung von Schülern sehr nützlich wäre. Eine Rechtsschutzversicherung ermöglicht es uns, solch einen Prozeß überhaupt eingehen zu können. Nach Zustimmung von Elke Winter hat Johannes Mierau die Versicherung sofort abgeschlossen, da ein schnelles Vorgehen des KM nicht auszuschließen war und die Versicherung ja vorher bestehen muß.

Ein nachträglicher Beschluß der Mitgliederversammlung ist noch erforderlich.

Betreff: Finanzen und Einzahlungen auf unser Vereinskonto.
Bis zum 23.12.87 sind von Euch auf unser Konto bei der Kreissparkasse Würzburg (BLZ 790 501 30) Kto.Nr. 140 100 876 keine Einzahlungen erfolgt. Zur Finanzierung der Versicherung und der Änderungen im Vereinsregister ist dies aber dringend notwendig. Bitte zahlt so schnell wie möglich ein!!!